

Eine Soziologie der Transformation?

Vortrag im Erfurter Kolloquium zur Transformation und
Europäischen Integration Mittel-Ost-Europas,
08.-10.07.2004, in der Universität Erfurt

1. Einleitung

Es brauchte nicht viel Weitsicht, um vor anderthalb Jahrzehnten vorauszusehen, dass die Transformation der sozialistischen Länder zu einem ausgesprochen lohnenden Gegenstand sozialwissenschaftlicher Reflexion und Forschung werden würde. Wurde bereits der singuläre Fall der deutschen Einheit als „sozialer Großversuch“¹ und willkommenes „natürliches Experiment“² charakterisiert, so gilt das umso mehr für die nicht minder ambitionierten, aber weniger komfortabel organisierten Transformationsprojekte östlich von Oder und Neiße.

Die annähernde Gleichzeitigkeit des Starts, die Ähnlichkeit von Ausgangsbedingungen und Zielzuständen und nicht zuletzt die große Zahl der Transformationsländer markieren einen wahrhaft exzeptionellen Forschungsgegenstand. Nicht weniger als 29 Länder der ehemals „Zweiten Welt“ unterzogen sich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts tiefgreifenden Wandlungen ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems (Schema 0).³

Nie zuvor hatten die empirischen Sozialwissenschaften Gelegenheit, eine solche Serie simultaner Wandlungsprozesse zu studieren. Ihre Theorien des sozialen Wandels konnten zwar auf Gemeinsamkeiten und Differenzen verschiedener ungleichzeitiger Fälle rekurren, aber erst die gleichzeitigen Transformationen sozialistischer Länder bieten die Möglichkeit, systematisch zwischen allgemeinen Bedingungen des Gestaltungserfolgs auf der einen Seite und länderspezifischen Faktoren auf der anderen zu differenzieren.

Um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen: Dieses Potential für vergleichende Studien der Erfolgsbedingungen intentionalen Wandels wurde bislang nur wenig genutzt. Im vergangenen Jahrzehnt dominierten andere Forschungsperspektiven. Viele der frühen Analysen rückten zwar die Komplexität und Vieldimensionalität des Projektes einer umfassenden Gesellschaftsreform in den Blick, aber konzentrierten sich auf den Nachweis von Fehlschlägen, Transformationsproblemen und Perfektionsmängeln (vgl. Müller 1998). Neben diesen *Kalamitäten-diagnosen* entstanden unzählige Fallstudien zum Transformationsschicksal einzelner Länder,

¹ So Giesen/Leggewie (1991).

² So Offe (1991a).

³ Es sind dies außer der DDR: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kroatien, die Kirgisische Republik, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, die Mongolei, Polen, Rumänien, Rußland, Serbien und Montenegro, die Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik, Turkmenistan, Ungarn, die Ukraine und Usbekistan.

Wirtschaftssektoren und sozialer Sachverhalte, die zwar den untersuchten Einzelfall erhellen, aber im unklaren lassen, welche Phänomene allgemeinen und welche speziellen Ursachen zuzurechnen sind.

Nach anderthalb Jahrzehnten und dem Beitritt von acht Reformländern zur Europäischen Union steht außer Frage, dass die Etablierung der Institutionen von repräsentativer Demokratie und Marktwirtschaft gelungen ist – allerdings nur dort, wo sie von einer Bevölkerungsmehrheit gewollt und von den politischen Eliten betrieben wurde. Dort sind die Intentionen der Reformer in den Ergebnissen ihres Handelns deutlich wiederzuerkennen (– was im politischen Alltag der konsolidierten Demokratien keineswegs der Normalfall ist).

Gleichwohl haben sowohl die Fälle einer gelungenen als auch die der unvollständigen oder gescheiterten Transformation Bedeutung für unser Wissen über die Gestaltbarkeit von Gesellschaft im allgemeinen sowie die Theorien politischer Steuerung und intentionalen Institutionenwandels im besonderen. Dazu leisten sogar die skeptischen Erfolgsprognosen, die in den frühen 1990er Jahren entstanden sind, einen wertvollen Beitrag. Aus der Konfrontation der ihnen zu Grunde liegenden Annahmen mit den tatsächlichen Bedingungen des erfolgreichen Systemwandels ließen sich wertvolle Einsichten in die Realisierbarkeit komplexer Reformprojekte gewinnen. Auf einer abstrakteren Ebene zeichnet sich die Möglichkeit ab, die Dimensionen eines „Raums politischer Möglichkeiten“ genauer zu bestimmen und exakter zwischen vorstellbaren, aber unrealisierbaren Zukünften einerseits und alternativen, aber tatsächlich „möglichen Welten“ andererseits unterscheiden zu lernen.⁴

Ich werde in meinem Vortrag diese Erkenntnisoption nicht aus den Augen lassen. Um aber am Ende eine plausible Zwischenbilanz der einschlägigen Erkenntnisse ziehen zu können, bedarf es eines Umwegs über mehrere Stationen. Die erste betrifft den besonderen Schwierigkeitsgrad des Transformationsprojekts, an dem sich letztlich auch Aussagen über die Bedingungen seiner Möglichkeit zu messen haben. Auf der dann folgenden Station werde ich einige Befunde der empirischen Forschung resümieren, die der Vollständigkeit halber durch einen Blick auf die Besonderheiten des ostdeutschen Falls ergänzt werden.

2. Der besondere Schwierigkeitsgrad des Transformationsprojekts

Bekanntlich war der Systemwechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus in keiner Modernisierungs-, Gesellschafts- oder Transformationstheorie konzeptuell vorbereitet. Und dennoch weist das Projekt alle Aspekte des im 19. Jahrhundert entstandenen Bildes „revolutionärer“ Fortentwicklung auf. Doch der Gestaltungsanspruch übertraf das Komplexitätsniveau des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie er in der Marxschen Geschichtsphilosophie konzipiert ist. Darin war unterstellt, dass nicht bloß die politischen Bedingungen eines Umsturzes der alten Ordnung, sondern auch zentrale Funktionsbedingungen der „neuen“ Ordnung „herangereift“ und bloß noch freizusetzen waren. Anders dagegen bei der Ablösung des Sozialismus durch Demokratie und Marktwirtschaft. Sie fand unter der wesentlich ungünstigeren Bedingung einer Erschöpfung der gesellschaftlichen Leistungs- und Kreativitätspotentiale statt.

⁴ Zum methodologischen Status der Begriffe „politische Möglichkeit“ und „mögliche Welten“ vgl. Friedrich (1963: ch. 11) und Elster (1981: Kap. 3).

Dieser Feststellung korrespondiert die schon früh formulierte Erkenntnis besonderer Schwierigkeiten des Transformationsprojekts, das eher einem Dezisionismus Leninscher Prägung als dem modernisierungstheoretischen Ansatz von *Marx* nahe zu kommen scheint. Die Transition vom Sozialismus wurde mit Eile betrieben. Sie war nicht als evolutionärer Vorgang konzipiert, sondern als genuin politisches Projekt. D.h. die einzelnen Schritte bedurften vorbereitender Planung, alternativenbewusster Entscheidungen und kontextbedachter Steuerung.

Die ganze Komplexität des Vorhabens erschließt sich aber erst vor dem Hintergrund der spezifischen Voraussetzungs- und Ressourcendefizite sowie des engen Zeitrahmens der Erfolgserwartungen. Die Aufgabenkomplexität war zusätzlich dadurch gesteigert, dass sich die neuen Regierungen vieler Länder nach der Auflösung des sowjetischen Imperiums vorrangig mit der (Re-) Konstruktion nationalstaatlicher Identität befasst sahen⁵ und ihre Aufmerksamkeit durch eine Fülle neuartiger Themen in Anspruch genommen wurde. Dazu zählen die Umweltpolitik, Restitutions- und Lustrationspolitiken und das Kooperationsangebot der Europäischen Union.

Dank einer guten Forschungslage in Sachen Ausgangsbedingungen wissen wir, dass sich die Aufgabenkomplexität in mindestens fünf spezifischen Risiken manifestierte (Schema 1). Das sind:

(1) Das *Risiko inadäquater Voraussetzungen*. Es wurde v.a. in anfänglichen *Rechtsdefiziten* deutlich, die einer „Schattenrechtsordnung“ der privaten (u.U. kriminellen) Selbsthilfe Raum ließen und Klientelbeziehungen wie Korruptionspraktiken privilegierten. Daneben gab es ein *kulturelles Voraussetzungsdefizit* der neuen Institutionen zu konstatieren. Es existierte weder eine lebendige Bürgergesellschaft noch ein angemessenes Verständnis für außerstaatliche politische Öffentlichkeit. Vielmehr wurde die Fortgeltung „sozialistischer“ oder sogar „leninistischer“ Überzeugungen und eine Neigung zu unrealistischen Erwartungen beklagt.⁶ Des Weiteren ist das *Informations- und Wissensdefizit* der Transformationspolitik zu erwähnen, dass einerseits einem Mangel an zuverlässigen Daten über die Transformationsgesellschaft geschuldet ist und andererseits einer gewissen (auch anderswo anzutreffenden) Unkenntnis der Funktionsvoraussetzungen der modernen Gesellschaft.

(2) Der politisch inszenierte Institutionenwandel unterlag einem spezifischen *Dezisionismusrisiko*, das die Entstehungsgeschichte etablierter Demokratien nicht kennt. Weil Institutionen nicht nur eine regulative, das soziale Verhalten sanktionierende, sondern auch eine axiologische, bestimmte Werthaltungen bekräftigende Funktion besitzen, kranken administrative Verfahren des Institutionenwandels am Problem der „Hyperrationalität“ (Offe 1995). Da sie erkennbar das Resultat politischer Wahlentscheidung sind, erscheinen sie nicht selten als willkürliche Konstrukte. Folglich war nicht mit einer übergangslosen Ersetzung alter durch neue Institutionen zu rechnen, sondern – zumindest für eine Übergangsphase – mit einem niedrigen Niveau der Institutionengeltung und entsprechend geringer Effektivität der politischen Steuerung.

(3) Es bestand ferner ein *Risiko inadäquater Mittel* aufgrund der historischen Prägung der als Vorbild erkorenen Institutionen. Werden doch mache westeuropäischen Institutionen einer Reihe

⁵ Vgl. von Beyme (1994: Kap. 4) und Elster u.a. (1998: 17ff., 254ff.).

⁶ Zum sog. „legacy“-Problem vgl. außerdem Comisso (1997b) und Geddes (1997).

von Effektivitäts- und Rationalitätsmängeln bezichtigt, weshalb sie als „Lösungen“ für akute Steuerungsaufgaben der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik umstritten sind. Das ließ auf zwei spezifische Risiken schließen: Entweder drohte der gelingende Institutionentransfer auch den Import von Funktionsmängeln einzuschließen oder die funktional unverzichtbaren Charakteristika und ihre historischen Beimischungen ließen sich nicht ohne weiteres auseinander halten.

(4) Wie sich im Zuge des Aufbaus komplexer Institutionensysteme herausstellte, bestand aufgrund der Knappheit an „sozialem Kapital“ ein *Risiko der Ko-Innovation* neuer gesellschaftlicher Formen. Das belegen die im Ergebnis so ungleichen Organisationsprozesse im Parteiensystem und im Bereich der verbandlichen Interessenvertretung. Bei formal gleichen Startvoraussetzungen erweist sich das Parteiensystem dem Verbändesystem im Wettlauf um Organisationsressourcen und Einflusspositionen weit überlegen (Wiesenthal 1996). Denn die Parteien profitieren von der hohen Aufmerksamkeit für Wahlen und einer *gatekeeper*-Funktion für öffentliche Ämter. Auch bleibt ihr parlamentarisches Gewicht von Schwankungen der Wahlbeteiligung unberührt. Demgegenüber blieb der Aufbau von Verbänden mangels vergleichbarer externer Anreize mit allen bekannten Kollektivgutproblemen belastet. Es eignete sich weder zur effektiven Vertretung funktionaler Interessen im politischen System noch zur Übernahme regulativer Aufgaben i.S. der sektoralen Selbstverwaltung.

(5) Noch gravierender als die o.a. Risiken schienen die *Risiken der „dualen Transition“* bzw. das sog. *„Dilemma der Gleichzeitigkeit“* (Elster 1990; Offe 1991b). Sobald die Bevölkerung in den Genuss effektiver Partizipationschancen gekommen sei, würde sie die mit sozialen Kosten verbundenen Reformen durch ihr „demokratisches“ Veto an der Wahlurne zu Fall bringen. Je schmerzhafter die Reformkosten empfunden würden und je größer die Responsivität des politischen Systems sei, desto sicherer drohe eine Vertagung oder Unterlassung von unverzichtbaren Teilen des Reformprogramms. Das schien auch aus historischen Gründen plausibel. Kam es doch in den konsolidierten Demokratien Westeuropas erst *nach* der Durchsetzung von Arbeitsmarkt und Lohnarbeiterstatus zur Universalisierung demokratischer Partizipationsrechte. So prognostizierte das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zweierlei: Zum einen Massenproteste der nachteilig betroffenen Bevölkerungsgruppen und zum zweiten die Neigung der Reformpolitiker, von vornherein, eine „sozial tragbare“ Verteilung von Kosten und Gewinnen vorzusehen.

Unsicherheit über die Reaktionen der Bevölkerung, ungleich mächtige *Rentseeking*-Interessen der alten und neuen Eliten sowie unterschiedliche Risikopräferenzen der Regierungen führten schließlich zur Wahl national spezifischer Reformstrategien mit unterschiedlichem Zeitmaß. Einige Regierungen entschieden sich zur nahezu gleichzeitigen Durchführung zentraler Reformschritte i.S. der sog. Schocktherapie, andere wählten ein gradualistisches Vorgehen. An der Kontroverse *Schocktherapie versus Gradualismus* waren allerdings nur politiknahe Wissenschaftler beteiligt. Die Reformpolitiker hatten sich entweder so oder so entschieden, ohne das Risiko einer gesellschaftlichen Debatte über strategische Alternativen zu riskieren.

Vor dem Hintergrund derart präzise benennbarer Risiken mag es einleuchten, wieso im Mainstream der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung die Erwartung unzureichender Transformationsresultate kultiviert wurde und sich die Aufmerksamkeit bevorzugt auf Unzulänglichkeiten, Defizite und Perfektionsmängel richtete. Das belegt die Konjunktur des

Theorems der *Pfadabhängigkeit* in frühen Transformationsanalysen. In der Regel genügte ein Hinweis auf partikuläre Kontinuitäten, Persistenzen oder *legacies of the past*, um dem Geschehen das Etikett der Pfadabhängigkeit anzuheften (vgl. Hausner u.a. 1995; Stark 1992). Selbst Institutionenökonomien hielten umfangreiche Reformprojekte für unrealisierbar und behaupteten, „rationaler institutioneller Wandel (müsse) notgedrungen pfadabhängig sein“ (Richter/Furubotn 1999, S. 32).

Die teils diagnostizierten, teils prognostizierten Transformationsrisiken stimmen mit der systematischen Skepsis überein, die Soziologie und Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Idee umfassender (holistischer) Gesellschaftsreformen entwickelt haben. Die erkenntnistheoretischen Grundlagen des entsprechenden *Negativparadigmas* (der Unmöglichkeit holistischer Reform) waren spätestens in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts komplett. In ihnen laufen verschiedene theoretische und empirische Forschungsstränge zusammen: die Befunde von Politikanalysen (z. B. Lindblom 1959) und der empirischen Entscheidungsforschung in öffentlichen Institutionen (z. B. Cohen u.a. 1972), der Analyse des Implementationsprozesses von Regierungsprogrammen (z. B. Pressman/Wildavsky 1979) und der Debatte über Grenzen der Regierbarkeit moderner Staaten (z. B. Crozier u.a. 1975). Theoretischen Ausdruck mit Anspruch auf Allgemeingeltung erhielten sie im kritischem Rationalismus Karl Poppers (Popper 1972) und der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns (1981). Die axiomatische Quintessenz der empirischen Befunde und theoretischen Interpretationen findet prägnanten Ausdruck in so bekannten Floskeln wie „the science of muddling through“ (Lindblom 1959), dem „garbage can model of decision-making“ (Cohen u.a. 1972), der Alternativlosigkeit von „piecemeal technologies“ (Popper 1972), der „Utopie der Nulloption“ (Offe 1986) oder der „Tragik der toten Hände“ (Luhmann 1989).

Dass es sich um mehr als saloppe Formulierungen handelt, macht ein Blick auf den (erkenntnis-)theoretischen Hintergrund deutlich. Die systematische Skepsis beruht auf soliden Grundlagen in Theoremen der Mikro-, Meso- und Makroebene. Es sind dies im Einzelnen (1) die engen Grenzen individueller Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*), (2) die besonderen Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure (Stichwort *collective action dilemma*), (3) die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort *social choice*) und schließlich (4) die Unmöglichkeit der Konstruktion einer gleichermaßen inklusiven wie instruktiven Systemrationalität (Stichwort *Selbstreferenzialität sozialer Systeme*). Diese Theoreme inspirierten zu Feststellungen über die notwendige Inkonsistenz langfristiger politischer Planung (Kydland/Prescott 1977) und extrem eng begrenzte Möglichkeiten „rationaler Politik“ (Elster 1987). Die Autoren der maßgeblichen Beiträge sind im Schema 2 benannt. Die wichtigsten Beiträge kamen m.E. von Karl Popper, Herbert Simon und Niklas Luhmann (Portrait-Folie).

Eine hypothetische Darstellung des Zusammenhangs der allgemeinen mit den speziellen Transformationsrisiken bietet Schema 3.

3. Befunde der empirischen Forschung

Die extrem pessimistischen Erfolgsprognosen wurden bekanntlich von der realen Entwicklung widerlegt. Zwar meisterten die einzelnen Länder sowohl den Systemwechsel als auch die an-

schließende Transformation der gesellschaftlichen Teilbereiche auf unterschiedliche Weise, doch zeigen die Veränderungen in einer Vielzahl von Fällen in die von den Reformeliten angestrebte Richtung. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden auf das je spezifische Muster der Reformpolitiken und ungleiche Ausgangsbedingungen, die oft erst nach dem Systemwechsel erkennbar wurden, zurückgeführt.

Die Transformation des politischen Systems und der Aufbau einer demokratischen Ordnung trugen i.d.R. „revolutionäre“ Züge, auch wenn typische Elemente historischer Revolutionen, wie anhaltende Massenmobilisierung und Gewaltanwendung, nur eine untergeordnete Rolle spielten. Eine positive Bilanz des Wandels zeichnete sich schon nach wenigen Jahren ab. In vielen Fällen war ein konsequenter Bruch mit dem Institutionensystem der Vergangenheit vollzogen worden. Parteien und Parlamente hatten sich zu den entscheidenden politischen Institutionen entwickelt. Nicht weniger bedeutsam, aber unauffälliger, sind die Erfolge bei der Errichtung einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängigen Straf-, Zivil- und Verfassungsgerichten. Auch gelangen die Etablierung ökonomisch fungibler, d.h. notwendig diskriminierender, Eigentumsrechte sowie der Neu- und Umbau der öffentlichen Verwaltung.

Zwölf europäische Reformländer zeigen 2004 ein Niveau der politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte, das in etwa dem der konsolidierten Demokratien Westeuropas entspricht.⁷ Das dokumentieren die jährlichen Ratings von *Freedom House*. Sieben weitere europäische Reformländer gelten als „teilweise frei“.⁸ Eines, nämlich Belarus, wird ebenso wie die sechs asiatischen Reformländer als „unfrei“ eingestuft. Als einziges postkommunistisches Reformland Asiens hat die Mongolei den europäischen Standard erreicht. Sieben der 13 europäischen Reformländer besitzen ihr heutiges hohes Niveau an Freiheitsrechten schon seit einem Jahrzehnt. Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien und die Slowakei haben ihre demokratische Entwicklung in den letzten Jahren vollendet. Dagegen zählen Usbekistan und Turkmenistan zu den rigidesten Autokratien dieser Welt.

Länderstudien und die vergleichenden Untersuchungen einzelner politischer Institutionen liefern erwartungsgemäß ein differenziertes Bild der Transformationserfolge. So gelten die neuen Mehrparteiensysteme noch nicht überall als hinreichend konsolidiert, sondern zeigen eine hohe Volatilität der Stimmenverteilung. In der Regel haben sie eine Phase des „institutionellen Lernens“ hinter sich, in welcher frühe Wahlsieger das Wahlrecht so modifizierten, dass die anfängliche Zersplitterung von einer Konzentrationstendenzen abgelöst wurde, womit die *electoral engineers* gleichzeitig ihre Wiederwahlchancen zu verbessern trachteten (aber damit nicht unbedingt Erfolg hatten). Durch Einbau ergänzender Mechanismen (der Personen- oder Verhältniswahl bzw. von Sperrklauseln) wurde mancherorts auch eine größere Annäherung der Mandatsverteilung an das Verhältnis der abgegebenen Stimmen bewirkt (Bielasiak 1999).

Weitere Besonderheiten der neuen Parteiensysteme seien lediglich erwähnt: das Überwiegen von extrem mitgliederarmen *top down*-Gründungen; der geringe Ausprägungsgrad von Mitgliederpartizipation und interner Demokratie (Ágh 1998), die schwache Bedeutung oder gar Irrelevanz sozialer *cleavages* und die anfängliche Abwesenheit prägnanter programmatischer Differenzen

⁷ Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Serbien und Montenegro, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn

⁸ Albanien, Armenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Russland und die Ukraine.

sowie eine weitgehende Autonomie des Parteiensystems und der aus ihm heraus gebildeten Regierungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Interessen. Der Mangel an demokratischer Kontrolle ließ den Reformkräften zwar einen ungewöhnlich großen Handlungsspielraum, so dass sie das Transformationsprogramm teilweise zügiger abarbeiten konnten als es die Wähler erwarteten (vgl. Comisso 1997a). Das wurde jedoch mit Akzeptanzdefiziten und einem geringen Grad von Institutionenvertrauen erkauft. Allerdings mochten sich schon Mitte der 90er Jahre nicht mehr als 10 bis 12 Prozent der Befragten als Gegner der Demokratie erklären (lt. Plasser u.a. 1997). Das entspricht dem Anteil der Demokratiegegner in Italien und Spanien.

Eine von den mitteleuropäischen Reformstaaten abweichende Entwicklung nahmen nicht nur die asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern auch Russland und noch deutlicher Belarus und die Ukraine. Hier bewahrte das politische System Züge der Diktatur und als Folge des unvollständigen Institutionenwandels stellten sich fließende Übergänge zwischen staatlicher Administration und organisiertem Verbrechen ein. Während sich der russische Staat noch immer durch einen überzogenen und in der Praxis uneinlösbaren Steuerungsanspruch gegenüber den Provinzen auszeichnet, aber den Aufbau demokratischer, zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Institutionen ermöglichte, müssen die Bürger der westlichen Nachbarstaaten noch autokratische Regime mit eingeschränkten Freiheitsrechten ertragen.

Ein ebenfalls differenziertes Bild zeigen die Resultate der Wirtschaftstransformation. Sie umfasste bekanntlich drei Hauptaufgaben: die Herstellung und Stabilisierung wachstumsförderlicher Rahmenbedingungen (makroökonomische Stabilisierung), die Liberalisierung des (mikroökonomischen) Handlungsrahmens und die Restrukturierung der Unternehmen (Balcerowicz 1995; Zecchini 1997). Die makroökonomische Stabilisierung zielte v.a. auf eine Konsolidierung der defizitären öffentlichen Haushalte und die Überwindung hoher Inflationserwartungen. Damit ein verlässlicher Kalkulationsrahmen für Unternehmensentscheidungen entstehen und der Anreiz zur Kapitalflucht entfallen konnte, bedurfte umfassender Fiskalreformen (Bönker 2001), des Abbaus staatlicher Subventionen und einer Währungsabwertung. Die (mikroökonomische) Liberalisierung umfasst die gesamte Palette der Handlungs- und Vertragsfreiheit, die Freigabe der Preise und die Begründung effektiver ökonomischer *Eigentumsrechte*.

Zur grundlegenden Umstrukturierung der Unternehmen kam es in der Regel erst, nachdem durch Privatisierung eine effiziente Form der Unternehmenssteuerung (corporate governance) entstanden war. Nicht selten gerieten Regierungen unter Druck, auf strikt effizienzorientierte (und insofern konsumentenfreundliche) Privatisierungsmethoden zugunsten der Insiderinteressen der Beschäftigten zu verzichten. Regierungen, die der Übertragung von Eigentumsrechten an Belegschaften zustimmten, ernteten aber dafür den erwarteten Lohn in Form von Wählerstimmen. Die Insider-Privilegierung wurde vielmehr zur Achillesferse der Reformen, weil sie fortlaufenden Bedarf an Subventionen begründete. Privatisierte Firmen vermochten ihre Produktivität drei- bis fünfmal stärker zu erhöhen als Unternehmen in Staatseigentum.

In keinem der Reformländer ließ sich eine mehrjährige Krise vermeiden. Die industrielle Produktion ging abrupt zurück und das Bruttoinlandsprodukt sank um 20 bis 35 Prozent, bevor die Erholung einsetzte. In der Krise kam es zu einem Anstieg der Inflationsrate bis zur Hyperinflat-

on begleitet (z.B. 640 % in Polen, 1200 % in Russland, 10.000 % in der Ukraine).⁹ Die statistisch erfassten Realeinkommen gingen um 30 bis 40 Prozent zurück (Santarossa Dulgheru 2001). So wurde die Gefahr akut, dass das Reformprogramm dem „makroökonomischen Populismus“ der um ihre Wiederwahl besorgten Politiker zum Opfer fällt. Tatsächlich kam es nirgendwo zur geradlinigen und restlosen Realisierung von Idealkonzepten. In einigen Fällen, wie z. B. in Bulgarien und Russland, wurde die Stabilisierungspolitik abgebrochen, womit auch der Reformprozess zum Stillstand kam und sich die Transformationskrise – mit hoher Inflation und umfangreicher Kapitalflucht – verlängerte. In anderen Ländern, z.B. Belarus und Ukraine, versandete die Wirtschaftstransformation noch bevor sie institutionelle Spuren hinterlassen konnte. Die Realeinkommen bewegen sich dort auf einem extrem niedrigen Niveau.

Immerhin 19 Transformationswirtschaften hatten die Krise schon 1996 überwunden und befanden sich auf einem positiven Wachstumspfad (Fischer u.a. 1997). Die Produktion erholte sich dort vergleichsweise rasch, wo durch Liberalisierung günstige Bedingungen für private Unternehmenstätigkeit entstanden waren, wie z. B. in Tschechien und Polen. Unter den erfolgreichen Reformländern ist keines, das einen dezidierten Gradualismus zum Programm erhoben hätte. Ebenso wenig gibt es Fälle, in denen das Radikalkonzept perfekt praktiziert wurde. Unter dem Einfluss des Parteienwettbewerbs kam es in allen Länder zu einem mehr oder weniger stark ausgeprägten Zick-Zack-Kurs (Merkel 1999).

Zwei Beobachtungen sprechen für die Überlegenheit des „radikalen“ Ansatzes. Zum einen lenkte er die Aufmerksamkeit auf das *window of opportunity* der frühen Jahre, in dem sich „mehr“ realisieren ließ als es danach möglich war. Notwendige, aber zunächst unterlassene Reformschritte ließen sich später nur mit erheblich höheren sozialen Kosten nachholen. Vergleichende Analysen belegen den Vorteil eines hohen Reformtempos und einer kurzen Zeitspanne zwischen Regimewechsel und Reformbeginn (Åslund 2001; Beyer 2001a; Fischer/Sahay 2000). Eine Maßnahmenkonzentration auf die Startphase verbesserte die Konsistenz des Reformpakets und half, Koordinationsprobleme im politischen System zu vermeiden. Damit verkürzte sich die Übergangsphase und es verringerten sich die Bereicherungsgelegenheiten für *rent seekers*. Zum anderen: In steuerungspolitischer Hinsicht machte es ein kompaktes Reformpaket den Akteuren leichter, sich an Entscheidungen gebunden zu fühlen und der Populismusversuchung des politischen Wettbewerbs zu widerstehen.

Aufschlussreich ist auch, wie sehr die Reihenfolge der Reformmaßnahmen ihren Erfolg beeinflusste. Zeitreihenanalysen ergeben, dass das Vorziehen der Preisliberalisierung und die Vertagung der Stabilisierungsmaßnahmen erhebliche Nachteile verursachte (Beyer 2001a). Wurde dagegen das Stabilisierungsprogramm zusammen mit der Preisliberalisierung durchgeführt, so kam es nach einer kräftigen, aber kurzen Rezession zur raschen Erholung der Wirtschaft. Die günstigste Kombination war die Reihenfolge „Stabilisierungsmaßnahmen vor Preisliberalisierung“.

⁹ Vgl. Zecchini (1997). Lt. Rostowski (1998: 3) betrug die maximale Inflationsrate in Polen (1989) 640 %, in Estland (1992) 954 %, in Litauen (1992) 1.175 % und in Rußland (1992) 2.318 %. Spitzenreiter waren die Ukraine mit 10.155 % (1993) und Armenien mit 10.996 % (1993).

Das Timing der makroökonomischen Stabilisierung erwies sich deshalb als wichtigste Determinante der wirtschaftlichen Erholung,¹⁰ weil es die Gelegenheiten für *rent-seeking* regulierte. Konnten die neuen Eigentümer der Staatsunternehmen, insbesondere Management und Belegschaften, noch mit Lohnsubventionen und Staatskrediten rechnen, so engagierten sie sich gegen alle Maßnahmen, die diese Situation beenden würden. Es waren die privilegierten Insider, zu denen auch neue Privateigentümer von ehemals staatlichen Unternehmen zählen, nicht aber die von Entlassung und Einkommensverlusten Betroffenen, die als Gegner des Reformprogramms auftraten und seinen Fortgang zu blockieren suchten. Das ist die Quintessenz einer Untersuchung von Joel Hellmann mit dem berühmt gewordenen Titel „Winners Take All“. Die Analyse von 25 Ländern mündet in der Schlussfolgerung: „Partielle Reformen bewirken Marktverzerrungen mit konzentrierten Gewinnen und breit verteilten Verlusten“ (Hellman 1998, S. 205).

Unbestritten ist, dass der Erfolg der Wirtschaftstransformation auch von den spezifischen Ausgangsbedingungen beeinflusst wurde und – in allerdings schwächerem Maße – durch externe Akteure in Form von Krediten unterstützt werden konnte (Fischer/Sahay 2000). Finanzhilfen und ausländische Direktinvestitionen hatten aber nur dort eindeutig positive Effekte, wo das Stabilisierungsprogramm und weitere Teile des Reformpakets bereits exekutiert waren (Beyer 2001b). Das trifft bekanntlich nicht für die an Russland gewährten IMF-Kredite zu, welche die Regierung in Subventionen des Status ummünzte, sofern nicht gar ihre Umleitung auf private Konten im westlichen Ausland geduldet wurde.

Nach dem Bertelsmann-Transformations-Index 2004¹¹ haben die acht ex-sozialistischen EU-Länder den Übergang zur Marktwirtschaft nahezu vollständig bewältigt; Bulgarien und Rumänien stehen kurz vor dem Ziel; Russland und etliche andere haben noch ein gutes Stück Weg vor sich; Georgien und Moldawien befinden sich bestenfalls am Anfang (siehe Schema 4). Der Bertelsmann-Transformations-Index informiert im Unterschied zu anderen Ratings auch darüber, welche der 116 Reform- und Entwicklungsländer in den Jahren 1998-2003 die relativ größten politischen Managementleistungen beim Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft bewiesen haben. Es sind dies Estland und Litauen. Sie führen vor Chile, Botswana und Mali. Auf dem sechsten Platz liegt die Slowakei, gefolgt von Uruguay, Costa Rica, Südkorea und Slowenien (Schema 5).

Alles in allem ist zu konstatieren, dass sich weder das Risiko der „dualen Transition“ noch die Tendenz zur Pfadabhängigkeit des Wandels als gravierende Erfolgshindernisse entpuppten. Die Sachverhalte, die in ein Dilemma der Gleichzeitigkeit hätten führen können, haben sich als politisch bearbeitbare Probleme herausgestellt. Die gleichzeitige Institutionalisierung von Demokratie und Marktwirtschaft war nicht nur möglich (Geddes 1995), sondern auch vorteilhaft. Demokratisierung und Marktreformen korrelieren positiv mit der Wachstumsrate (Åslund 2001).

Dass der Institutionenwandel zwar durch pfadabhängige Verläufe geprägt,¹² aber nicht in seinen Zielen beeinträchtigt war, ist ebenfalls hinreichend belegt. Die v.a. für die Unternehmensprivatisierung erwartete Pfadabhängigkeit hat sich nicht bestätigt. Vielmehr zeigen die Privatisierungspolitiken der Länder eine relativ große Varianz (Beyer/Wielgohs 2001). Beispiels-

¹⁰ So auch Balcerowicz (1995) und Rostowski (1998).

¹¹ URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>.

¹² Für den Transformationsverlauf waren v.a. die Entscheidungen der Startphase (pfad-)bestimmend (Åslund 2001).

weise schlugen Tschechien und die Slowakei trotz ihrer gemeinsamen Vergangenheit recht unterschiedliche Privatisierungspfade ein. Und in vielen Ländern wurde die zuerst gewählte Privatisierungsmethode in Reaktion auf Unmutsbekundungen aufgegeben oder ergänzt. Die Ergebnisse der Privatisierungspolitik sind in erster Linie auf Verteilungskonflikte zwischen Akteuren mit ungleichen Präferenzen und Machtpotentialen zurückzuführen (Allio u.a. 1997).

Schließlich ist noch zu erwähnen, dass die als Reformwiderstände veranschlagten „*socialist legacies*“ nicht selten zur Unterstützung der Reformpolitik Verwendung fanden. Das gilt z.B. für (1) positive Einstellung der Bürger zu „starken“ Regierungen bzw. einem „starken“ Staat und (2) die reformgünstige Schwäche der außerparlamentarischen Interessenrepräsentation. In die gleiche Richtung wirkte (3) der Mythos eines engen Zusammenhangs von Demokratie und prosperierender Wirtschaft. Der Vollständigkeit halber sind noch (4) eine anfängliche Konsensneigung und die breite Akzeptanz von kausalanalytisch eher anspruchslosen *blueprints* zu nennen. Alle diese Faktoren und Dispositionen entstammten einem „sozialistischen“ Entstehungskontext. Bereitschaft und Fähigkeit der Reformpolitik, von dieser Erbschaft Gebrauch zu machen, belegen das hohe Niveau politischer *skills* und kluger Policy-Entscheidungen.

4. Exkurs zu den Besonderheiten des ostdeutschen Falls

Die zuletzt gemachten Feststellungen schließen die Transformation der DDR *nicht* ein. Tatsächlich gilt sie auch der sozialwissenschaftlichen Forschung als etwas *anderes*: nämlich als bloßes Nebenprodukt der staatlichen Vereinigung. Spätestens nachdem das Statistische Bundesamt – Mitte der 90er Jahre – die Veröffentlichung gesonderter volkswirtschaftlicher Daten über das Beitrittsgebiet eingestellt hat, hörte auch die internationale Forschung auf, Ostdeutschland zur Gruppe der Transitionsländer zu zählen.

Doch die Perspektive auf den *Einheitsprozess* liefert ein falsches Bild, da in ihm die Spuren des *Systemwechsels* übertüncht sind. So konnte der Bruch im Institutionengefüge, der anderenorts auch um den Preis von Unsicherheit und Opfern *gewollt* wurde, hierzulande als kontingenter Umstand erscheinen, welcher der Willkür politischer Akteure anzulasten ist. Zwar war der Systemwechsel Ostdeutschlands von umfangreichen Transfers von Normen, Finanzen und Personal begleitet. Doch wurde die DDR-Transformation dadurch keineswegs zu einem ‚Idealfall‘, den andere Länder – beispielsweise Südkorea – gerne kopieren würden. Ebenso wenig spiegelt sich die finanzielle Privilegierung in rundherum günstigen Wirtschaftsdaten und einmütigen Zufriedenheitsbekundungen wider. Deshalb lohnt es, weitere Merkmale des ostdeutschen Falls zu betrachten.¹³

Merkmal Nr. 1: Die besondere Natur des DDR-Staats und die Schwäche der Reformkräfte

Die ostdeutsche Bürgerbewegung vermochte es in der Konkurrenz mit westdeutschen Parteien nicht, sich im neuen Parteiensystem und bei der Gestaltung des Reformprozesses durchzusetzen. Diese Situation findet in keinem der übrigen Länder ein Pendant. Die Ursachen liegen auch im repressiven Charakter des SED-Regimes und der weitgehenden Abschottung der Bevölkerung vom internationalen Kontext. Letzteres gilt auch für die regimekritische Elite, der es nicht möglich war, den Abschied vom Sozialismus konzeptionell und moralisch vorzubereiten.

¹³ Für präzisere Analysen der ostdeutschen Transformation und ihrer Folgen vgl. Wiesenthal (1999, 2003).

Merkmal Nummer 2: Die umfangreiche Startprogrammierung

Im Unterschied zu allen anderen Transformationsfällen zeichnet sich die DDR-Transformation durch eine *detaillierte* Programmierung *ex ante* und deren Kodifizierung in *Vertragsform* aus. Letzteres war möglich, weil die Transformation qua Vereinigung auf der Bühne der Außenpolitik ausgehandelt wurde. Die Startprogrammierung ersetzte die anderenorts üblichen Lernprozesse und ermöglichte ein hohes Maß an Zielsicherheit, das die Voraussetzung für großzügiges Sponsoring war. Das hat auch zur Folge, dass Reformen und Transformationskosten nicht so sehr als durch den Ausgangszustand bedingt, sondern vielmehr als von der Vereinigungspolitik verursacht angesehen werden.

Merkmal Nummer 3: Die Gratifikationsfalle

Die westdeutschen Akteure gewährten –unter hohem Zeitdruck und in der Absicht, ihre Wiederwahlchance nicht zu schmälern – Konditionen der Wirtschaftstransformation, die die Grenze des finanzpolitisch Verantwortbaren weit überschritten. Sie bewirkten damit eine deutliche Erhöhung der Realeinkommen schon zum Transformationsstart, erschwerten die Entstehung endogener Wachstumspotenziale – und begründeten eine Erwartung stetiger Wohlstandsgewinne, die niemand mehr einzulösen vermag.

Merkmal Nummer 4: Der sozialdemokratische Grundzug des Transformationsprojekts

Das in der Bundesrepublik wie in der DDR institutionalisierte Muster verteilungspolitischer Prinzipien blieb auch im Transformationsprozess virulent. Es legitimierte die Dominanz *politischer* über ökonomische Gesichtspunkte und fundierte übergroßes Vertrauen in die Kompetenzen des Staates. Dass die westdeutschen Institutionen bereits vor der Einheit als dringend reformbedürftig angesehen wurden, geriet in Vergessenheit. Der Vereinigungsprozess legitimierte einen Höhepunkt des redistributiven Etatismus.

Merkmal Nummer 5: Das ambivalente Resultat der Wirtschaftstransformation

Die ökonomische Situation der neuen Länder vermittelt widersprüchliche Eindrücke. Hochmoderne, mit staatlichen Subventionen errichtete Produktionsstätten auf der einen Seite, deindustrialisierte Regionen und hohe Arbeitslosigkeit auf der anderen. Ein Ende des Angleichungsprozesses ist nicht in Sicht. Die Ursachen liegen in der Übertragung einer selbst in Westdeutschland inadäquat gewordenen Lohnpolitik auf die Transformationswirtschaft, andererseits in der gezielten Förderung kapitalintensiver Investitionen.

Die Bewertung der Folgen ist jedoch umstritten. Unrichtig ist die Annahme, dass die ostdeutsche Wirtschaft ungünstigere Entwicklungsbedingungen habe als die Wirtschaft der übrigen mitteleuropäischen Länder (Thomas 1997). Bereits 1997 belief sich die Wirtschaftsleistung Ostdeutschland auf 56 % des westdeutschen BIP, was 250 % des damaligen Wertes für Tschechien entspricht. Die Investitionshilfen und Infrastrukturinvestitionen zeigten also die beabsichtigte Wirkung.¹⁴

Da das Transfervolumen nicht steigerbar ist, sind Fortschritte über das erreichte Niveau hinaus nicht anders als durch besondere Leistungen der Menschen – auch auf den Gebieten von Wissenschaft und Forschung –erzielbar.

¹⁴ Noch größer fällt der Abstand der Einkommen aus, da der private Pro-Kopf-Verbrauch im Jahre 1997 bereits auf 70 % des westdeutschen Niveaus geklettert war.

Merkmal Nummer 6: Das Sicherheitsparadox der deutschen Transformation

In der schon demokratisierten, aber noch nicht beigetretenen DDR stand nicht die Wahl der 'richtigen' Institutionen im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, sondern die Herstellung von 'Sicherheit' – als Sicherheit der Ersparnisse, des Einkommens und der Beschäftigung. Auf Sicherheit pochten gleichfalls die westdeutschen Akteure – als Sicherheit vor einer explodierenden Wanderungsbewegung und in Bezug auf die institutionelle Gestalt Deutschlands. Deshalb bleibt immer noch zu erklären, warum die Risiken einer übergangslosen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion so krass unterschätzt – oder bewusst in Kauf genommen wurden.

Eine überzeugende Antwort kann ich Ihnen leider nicht bieten, obwohl ich schon verschiedene Erklärungsstränge geprüft habe. Wir werden wohl auf die Erträge einer genügend distanzierten und ernüchterten Geschichtsschreibung warten müssen. Bis dahin ist es wohl unzweckmäßig, die Besonderheiten der ostdeutschen Transformation im Lichte verallgemeinerungsfähiger Erkenntnisse der Transformationsforschung zu interpretieren. Der Fall Ostdeutschland vermag die Soziologie der Transformation besser als Kontrastfall zu inspirieren.

5. Tentative Bilanz theoriefähiger Erkenntnisse

Heute wissen wir mit Bestimmtheit: Der Möglichkeitsraum der Transition vom Sozialismus war größer als es theoriebasierte Prognosen erwarten ließen. Betrachtet man die Transformationsprozesse nicht nur als soziales Großexperiment (Giesen/Leggewie 1991) mit offenem Ausgang, sondern auch als Test auf das Unmöglichkeitstheorem holistischer Reform, so erlauben die gewonnenen Erkenntnisse die Korrektur bzw. Präzisierung der Annahmen, die dem Unmöglichkeitstheorem zu Grunde liegen. Folgende Einsichten wurden m.E. auf den drei Ebenen sozialwissenschaftlicher Analyse gewonnen.

(1) Die auf der Mikroebene sozialer Phänomene lokalisierten Grenzen der individuellen Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*) sind prinzipiell überwindbar: durch Rekurs auf *exemplarische* Prozesse und institutionelle Ordnungen. Das schließt die korrekte Identifikation der funktionswesentlichen Merkmale ein. Also ist der Transfer von Institutionenwissen aus einem Anwendungskontext in einen anderen prinzipiell möglich.

(2) Was die auf der Meso-Ebene vermuteten Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure (Stichwort *collective action dilemma*) einerseits und die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort *social choice*) andererseits betrifft, ist der Untersuchungsbefund weniger überraschend. Die in den Vorhersagen unterstellten Hindernisse komplexer Reformen wurden zwar seltener und nur in rudimentärer Form angetroffen, aber scheinen prinzipiell zutreffend diagnostiziert zu sein. Dass sie die Transformationsprozesse nicht gravierend behinderten, ist v.a. der Ausgangslage, d.h. der besonderen Verfasstheit sozialistischer Gesellschaften und ihrer „Unterorganisation“ zum Zeitpunkt des Untergangs, zuzuschreiben.

(3) Auf der Makro-Ebene war – entgegen der Erwartung – ein inklusives und instruktives Konzept der *Systemrationalität* verfügbar. Das Beispiel westlicher Demokratien ersetzte die Konzeptualisierung eines funktionstauglichen Alternativentwurfs. Es gab in ausreichendem Maße instruktive Referenzen in den Institutionensystemen, die als Vorbilder dienten. Gleichzeitig bilde-

ten zentrale Systemelemente, sofern sie gleich zu Beginn implantiert wurden, wirksame Korrektur- und Lernpotentiale. Das gilt insbesondere für Freiheitsgarantien, Bürgerrechte und Demokratienorm. Somit ist die Annahme zurückzuweisen, dass das Selbstwissen der Gesellschaft von ihren politischen und ökonomischen Basisinstitutionen stets unzureichend sei.

(4) Eine weitere Erfolgsbedingung des Reformprojekts ist im Vorhandensein hoher politischer „skills“ und in Gleichgewichtstendenzen der neuen Institutionen zu sehen. Eine solche Tendenz entwickelt z.B. der konkurrenzdemokratische Parlamentarismus in Gestalt endogener Anreize zur Allianzbildung und Unsicherheitsabsorption qua Verfahrensreform. Außerdem ist den Institutionen insofern eine „sozialisatorische“ Wirkung zu bescheinigen, als sie adaptive Lernprozesse ermöglichen, die auch die allmähliche Schließung der kulturellen Voraussetzungsücke erwarten lassen (Crawford/Lijphart 1997).

Die Transformationsprozesse der ehemals sozialistischen Länder haben entscheidend dazu beigetragen, das Bild der Welt zu verändern (Schema 6).

Literatur

- Ágh, Attila (1998), The end of the beginning: the partial consolidation of East Central European parties and party systems, in: Paul Pennings, Jan-Erik Lane (Hg.), *Comparing Party System Change*, London, S. 202-216.
- Allio, Lorene/ Dobek, Mariusz Mark/ Mikhailov, Nikolai/ Weimer, David L. (1997), Post-communist privatization as a test of theories of institutional change, in: David L. Weimer (Hg.), *The Political Economy of Property rights*, Cambridge, S. 319-348.
- Åslund, Anders (2001), The Advantages of Radical Reform, *Journal of Democracy*, Jg. 12 , S. 42-48.
- Balcerowicz, Leszek (1995), Understanding Postcommunist Transitions, in: Larry Diamond, Marc F. Plattner (Hg.), *Economic Reform and Democracy*, Baltimore, S. 86-100.
- Beyer, Jürgen (2001a), Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie - Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor, in: Helmut Wiesenthal (Hg.), *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 169-190.
- Beyer, Jürgen (2001b), Ausländische Direktinvestitionen - Eine Herausforderung für die politische Steuerung der Transformation, in: Helmut Wiesenthal (Hg.), *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 191-213.
- Beyer, Jürgen/ Wielgohs, Jan (2001), On the Limits of Path-Dependency: Approaches for Explaining Post-Socialist Institution-Building. In Critical Response to David Stark, *East European Politics & Societies*, Jg. 15, 356-388
- Beyme, Klaus von (1994), *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt/M.
- Bielasiak, Jack (1999), Elections and the Institutionalization of Party Systems in Postcommunist States. Paper prepared for delivery at the 95th Annual Conference of the American Political Science Association, September 1-5, 1999, Atlanta, GA.
- Bönker, Frank (2001), Initiating and Consolidating Economic Reform: A Comparative Analysis of Fiscal Reform in Hungary, Poland and the Czech Republic, 1989-99, in: Jürgen Beyer, Jan Wielgohs; Helmut Wiesenthal (eds.): *Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 121-137.
- Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P. (1972), A Garbage Can Model of Organizational Choice, *Administrative Science Quarterly*, Jg. 17, S. 1-25.
- Comisso, Ellen (1997a), Is the glass half full or half empty? *Communist and Post-Communist Studies*, Jg. 30, H. 1, S. 1-21.
- Comisso, Ellen (1997b), Legacies of the Past or new Institutions, in: Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend (Hg.), *Liberalization and Leninist Legacies*, Berkeley, S. 184-227.
- Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend (1997), Old Legacies, New Institutions: Explaining Political and Economic Trajectories in Post-Communist Regimes, in: Beverly Crawford, Arend Lijphart (Hg.), *Liberalization and Leninist Legacies*, Berkeley, S. 1-39.
- Crozier, Michel J./ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji (1975), *The Crisis of Democracy*, New York.
- Elster, Jon (1981), *Logik und Gesellschaft*, Frankfurt/M.

- Elster, Jon (1987), The possibility of rational politics, *Archives Européennes de Sociologie*, Jg. 28, H. 1, S. 67-103.
- Elster, Jon (1990), The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: Piotr Ploszajski (ed.), *Philosophy of Social Choice*, Warsaw: IFiS Publishers, S. 309-316.
- Elster, Jon/ Offe, Claus/ Preuss, Ulrich K. (1998), *Institutional Design in Post-Communist Societies*, Cambridge.
- Fischer, Stanley/ Sahay, Ratna/ Végh, Carlos A. (1997), From Transition to Market: Evidence and Growth Prospects, in: Salvatore Zecchini (Hg.), *Lessons from the Economic Transition*, Dordrecht, S. 79-101.
- Fischer, Stanley; Sahay, Ratna (2000), *The Transition Economies after Ten Years*. Washington, DC: *NBER Working Paper 7664*.
- Friedrich, Carl Joachim (1963), *Man and His Government*, New York.
- Geddes, Barbara (1995), A Comparative Perspective on The Leninist Legacy in Eastern Europe, *Comparative Political Studies*, Jg. 28, H. 2, S. 239-274.
- Geddes, Barbara (1997), A Comparative Perspective on the Leninist Legacy in Eastern Europe, in: Beverly Crawford, Arend Lijphart (Hg.), *Liberalization and Leninist Legacies*, Berkeley, S. 142-183.
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus (1991), Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch, in: Bernd Giesen, Claus Leggewie (Hg.), *Experiment Vereinigung*, Berlin, S. 7-18.
- Hausner, Jerzy/ Jessop, Bob/ Nielsen, Klaus (Hg.) (1995), *Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism*, Brookfield.
- Hellman, Joel S. (1998), Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions, *World Politics*, Jg. 50, H. 2, S. 203-234.
- Kydland, Finn E./ Prescott, Edward C. (1977), Rules rather than discretion: The inconsistency of optimal plans, *Journal of Political Economy*, Jg. 85, H. 3, S. 473-491.
- Lindblom, Charles E. (1959), The Science of Muddling Through, *Public Administration Review*, Jg.19, S. 79-88.
- Luhmann, Niklas (1981), *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, Wien.
- Luhmann, Niklas (1989), Politische Steuerung, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 30, H.1, S. 4-9.
- Merkel, Wolfgang (1999), *Systemtransformation*, Opladen.
- Müller, Klaus (1998), Postsozialistische Krisen, in: ders. (Hg.), *Postsozialistische Krisen*, Opladen, S. 177-249.
- Offe, Claus (1986), Die Utopie der Null-Option, in: Johannes Berger (Hg.), *Die Moderne*, Göttingen, S. 97-117.
- Offe, Claus (1991a), Die deutsche Vereinigung als 'natürliches Experiment', in: Bernd Giesen, Claus Leggewie (Hg.), *Experiment Vereinigung*, Berlin, S. 77-86.
- Offe, Claus (1991b), Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, *Merkur*, Jg. 45, H. 4, S. 279-292.
- Offe, Claus (1995), Designing Institutions for East European Transitions, in: Jerzy Hausner, Bob Jessop, Klaus Nielsen (Hg.), *Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism*, Brookfield, S. 47-65.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Waldrauch, Harald (1997), *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa*, Opladen.
- Popper, Karl R. (1972), *The Poverty of Historicism*, London.
- Pressman, Jeffrey L./ Wildavsky, Aaron (1979: *Implementation*, 2nd ed., Berkeley.
- Richter, Rudolf/ Furubotn, Eirik G. (1999), *Neue Institutionenökonomik*, 2. Aufl., Tübingen.
- Rostowski, Jacek (1998), *Macroeconomic Instability in Post-Communist Countries*, Oxford.
- Santarossa Dulgheru, Luoana (2001), Macroeconomic Stabilization Performance and Its Relation to Structural Change, Institutional and Policy Design, in: Jürgen Beyer; Jan Wielgohs; Helmut Wiesenthal (eds.), *Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries*, Baden-Baden: Nomos, S. 64-94.
- Stark, David (1992), Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe, *East European Politics and Societies*, Jg. 6, H. 1, S. 17-54.
- Thomas, Michael (1997), Voraussetzungsvolle Passagen Neuer Selbständiger im ostdeutschen Transformationsprozeß, in: Michael Thomas (Hg.), *Selbständige – Gründer – Unternehmer, Passagen und Paßformen im Umbruch*, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 14-57.
- Wiesenthal, Helmut (1996), Organized Interests in Contemporary East Central Europe, in: Attila Agh, Gabriella Ilonszki (Hg.), *Parliaments and Organized Interests*, Budapest, S. 40-58.
- Wiesenthal, Helmut (1999), *Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wiesenthal, Helmut (2003). German Unification and 'Model Germany': An Adventure of Institutional Conservatism, *West European Politics*, Jg. 26, H. 4, S. 37-58.
- Zecchini, Salvatore (1997), Transition Approaches in Retrospect, in: Salvatore Zecchini (Hg.), *Lessons from the Economic Transition*, Dordrecht, S. 1-34.